

Der Verein **Linkswärts** lädt – in Kooperation mit attac Mainz und Rosa Luxemburg Stiftung – ein zur Diskussion:

Vortrag und Diskussion zur Frage: „Wird unser Grundgesetz geändert, um massive Privatisierungen durchzusetzen?“

Referentin: Laura Valentukeviciute von GiB

Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB) e.V. wurde 2010 gegründet mit dem Ziel, Aktivitäten gegen Privatisierung zu vernetzen und Menschen zusammenzubringen, die sich für den Schutz unserer Gemeingüter einsetzen. Der Arbeitsschwerpunkt von GiB ist die Aufklärung über Öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP).

Donnerstag, 2. Februar 2017, um 19 Uhr

Julius-Lehlbach-Haus, Kaiserstraße 26-30, Mainz

Bisher wird die Veranstaltung unterstützt von:



Linkswärts e.V., attac Mainz und Rosa Luxemburg Stiftung laden ein:

Vortrag und Diskussion

„Wird unser Grundgesetz geändert, um massive Privatisierungen durchzusetzen?“

Am 14. Dezember 2016 legte das Bundeskabinett den offiziellen Entwurf einer Grundgesetzänderung vor. Anders als von der Bundesregierung dargestellt, sieht dieser Entwurf massive Privatisierungen in den Bereichen der Verkehrs- und Bildungsinfrastruktur vor. Materielle Privatisierung der neu zu gründenden Gesellschaft des Bundes sollen zwar ebenso ausgeschlossen werden wie die Beteiligung institutioneller Anleger an den Autobahnen. Andere Formen von Privatisierung erlauben aber nach wie vor, nahezu das komplette den Autobahnen gewidmete Geld aus Steuern und Gebühren an die Kapitalmärkte zu bringen. Vor allem droht eine massive Ausweitung von Öffentlich-privaten Partnerschaften (ÖPPs). Auch der Verkauf von Tochtergesellschaften sowie stille Beteiligungen und andere Anlageformen würden möglich.

Es sollen 14 Grundgesetz-Artikel geändert oder neu abgefasst werden, Ver.di vergleicht das Vorhaben mit den Föderalismusreformen 1 und 2. Trotz dieses großen Umfangs und der voraussichtlich schwerwiegenden Folgen will die Bundesregierung das Vorhaben schnell über die Bühne bringen. Schon Ende März soll diese GG-Änderung im Bundestag und im Bundesrat – sogar mit verkürzter Frist – beschlossen werden. Der Prozess der Gesetzgebung wird damit so intransparent gestaltet, dass eine öffentliche Debatte darüber kaum möglich ist.

In ihrem Vortrag stellt Laura Valentukeviciute die Pläne der Bundesregierung vor und erörtert die Folgen des Vorhabens für die Beschäftigten, für die Umwelt und für die Verkehrsinfrastruktur. Sie zeigt auf, welche Rolle die Finanz- und die Bauindustrie bei dem Vorhaben spielen und arbeitet heraus, wie die „Schuldenbremse“ Privatisierungen zum angeblich einzigen Finanzierungsweg für öffentliche Daseinsvorsorge macht.

Weitere Infos unter der Telefonnummer: 0176 / 4182 6463
V.i.S.d.P.: Heshmat Tavakoli,

info@linkswaerts.de,

www.linkswaerts.de